



**Tagesordnung Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 28. April 2009**

Vorlagen-Nr. 09-F-25-0037

**Intensivmedizinische Versorgung in Wiesbaden**

**- Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 17.4.2009 -**

Das Problem der unzureichenden medizinischen Notfallversorgung wird aufgrund der demographischen Entwicklung in Wiesbaden immer gravierender. Das „Ampelsystem“ des Gesundheitsamtes belegt, dass 2008 fast täglich mindestens eines der drei Wiesbadener Akut-Krankenhäuser für 12 Stunden nicht aufnahmefähig war.

Wenn alle Intensivbetten belegt sind, muss das Gesundheitsamt die Notfälle zwangsweise zuteilen und die Kliniken werden gezwungen Patienten nach außerhalb Wiesbadens zu verlegen.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele "Intensivbetten" für Notfall-Patienten gibt es in Wiesbaden? An welchen Kliniken werden diese vorgehalten?
2. Wie hoch ist die durchschnittliche Auslastung der Intensivbetten?
3. Wie häufig waren im Jahr 2008 sämtliche Intensivbetten an den Wiesbadener Kliniken belegt?
4. Wie ist bei Belegung aller Intensivbetten die Versorgung neu hinzukommender Notfallpatienten, die intensivmedizinisch betreut werden müssen, sichergestellt?
5. Wie werden die in Wiesbaden derzeit vorhandenen Kapazitäten seitens der Regionalen Krankenhauskonferenz und dem Sozialministerium beurteilt?
6. Gibt es Bestrebungen des Magistrates, die Zahl der Intensivbetten zu erhöhen?

---

**Beschluss Nr. 0029**

1. Der Antrag ist durch den mündlichen Bericht von Herrn Dr. Meireis und die anschließende Aussprache erledigt.
2. Herr Dr. Meireis sagt zu, die Präsentation in digitaler Form zur Verfügung zu stellen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2009

Abt  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .05.2009

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .05.2009

Dezernat VIII  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister